

Sitzung des Kreistages des Neckar-Odenwald-Kreises

am 10. Mai 2023 in Waldbrunn

Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler

durch Thomas Ludwig

zu TOP 3 „Errichtung eines Erweiterungsbaus

am Hauptsitz des Landratsamts in Mosbach“

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, m.s.v.D.u.H.,

schon seit Jahrzehnten wird der Öffentlichkeit in Sonntagsreden ein spürbarer Bürokratieabbau versprochen, aber unter der Woche passiert das genaue Gegenteil. Ständig kommen neue Standards und Aufgaben auf den Tisch, die unsere Welt angeblich noch besser, noch gerechter und noch sicherer machen sollen. Leider wird in diesem Zusammenhang aber nur sehr selten gefragt, welche organisatorischen, finanziellen und vor allem personellen Mehrbelastungen damit verbunden sind und ob Aufwand und Ertrag überhaupt noch in einem akzeptablen Verhältnis zueinanderstehen. Und noch viel weniger interessieren sich der Bund und die Länder für diese Frage, wenn Aufgaben „nach unten abgedrückt“ werden können, also auf die kommunale Ebene von Kreisen, Städten und Gemeinden. „One in, one out“ – so lautet eigentlich schon seit vielen Jahren der Slogan für die Bürokratiebremse-Regel, also, dass für jedes neue Gesetz ein altes gestrichen werden soll. Eine solche Absichtserklärung findet man in praktisch allen Koalitionsverträgen in Bund und Ländern. Aber wenn es dann konkret wird, wollen die Fachleute der einzelnen Ressorts hiervon nichts mehr wissen – schließlich ist ausgerechnet ihr jeweiliges Vorhaben gerade jetzt am allerwichtigsten und muss deshalb schleunigst umgesetzt werden. Freilich hat jedes Ministerium für sich genommen sicherlich recht, aber wer bemüht sich heutzutage noch darum, die Gesamtschau über die Auswirkungen die Betriebe, Vereine usw., auf jeden einzelnen Bürger und nicht zuletzt auf die unteren Ebenen der Verwaltung im Auge zu behalten?

Gerade am letzten Wochenende verkündete die Landesregierung z.B., dass jetzt eine Vorschulpflicht mit verbindlichen Sprachtests eingeführt werden soll. Und außerdem soll in diesem Kontext auch die Einschulungsuntersuchung erweitert werden. Das durchaus nachvollziehbare hehre Ziel lautet, soziale Benachteiligungen im Schulsystem zu mindern. Und irgendwo in dem ganzen Jubel, in welchen übrigens auch Teile der Opposition einstimmten, findet sich in diesem Presstext eher beiläufig und ganz einsam der Hinweis, dass auch noch „rechtliche und praktische Fragen zu klären“ seien. Genauer erfährt man hierzu aber nicht. Nun wird das Kultusministerium die erweiterten Einschulungsuntersuchungen aber kaum selbst durchführen wollen und auch die Überwachung der Vorschulpflicht wird es mit dem Hinweis von sich weisen, dass diese natürlich nur dezentral geschehen könne. Auf die Idee, dass es vielleicht auch, oder sogar in erster Linie, Aufgabe der Eltern wäre, an der Schulreife ihrer Kinder zu arbeiten, kommt in diesem Bericht übrigens leider niemand. Nein, wie wir auch am Karsamstag in einer großen Reportage in der RNZ Mosbach lesen konnten, müssen heutzutage in nicht wenigen Fällen hauptamtlich organisierte Institutionen den Löwenanteil der Erziehung und Bildung stemmen, während diese Eltern allenfalls noch ergänzend mitwirken.

Jedenfalls wird der Kreistag, wenn die o.g. Aufgaben ab dem Jahr 2025 tatsächlich erbracht werden sollen, dann auch für das Jugendamt und für den Fachdienst Gesundheit weitere Stellen schaffen müssen und wieder wird niemand in Stuttgart danach fragen, wo die Räumlichkeiten, das Geld und das Personal herkommen sollen. Dabei gab es in den letzten Jahren schon genügend Notwendigkeiten für einen beispiellosen Stellenaufbau, wenn ich nur an die Aufgabengebiete Naturschutz, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, Gewerbeaufsicht, Flüchtlingsunterbringung und Ausländerrecht, an die Eingliederungshilfe, an die Wohngeldreform oder an den § 2b Umsatzsteuergesetz denke. Hinzu kommt die Tendenz zu immer mehr Teilzeit, welcher natürlich auch Rechnung getragen werden muss. Wenn also z.B. jemand vor der Elternzeit zu 100 % beschäftigt war, dann aber nur noch mit 50 oder gar 30 % zurückkommt, bedeutet das auch ohne Aufgabenzuwachs automatisch mehr Köpfe und damit auch mehr Arbeitsplätze. Nun kann man dagegenhalten, dass der Trend zum Homeoffice diesen Mehrbedarf ausgleichen könnte, doch davon sind wir im Öffentlichen Dienst weit entfernt. Zwar gibt es diese Entwicklung seit Corona auch im Landratsamt in einem nochmals deutlich verstärkten Maße, aber zumeist nur einen Tag in der Woche (Montag oder Freitag). Überhaupt hinkt der Vergleich mit der Privatwirtschaft an dieser Stelle gewaltig, weil wir zumeist keine Baupläne zeichnen, keine Maschinen konstruieren und auch keine Vertreter im Außendienst beschäftigen. Nein, bei uns steht die Dienstleistung für den Bürger im Mittelpunkt und diese würde nun einmal mit Homeoffice im großen Stil nicht funktionieren, zumal hierfür in den einschlägigen Bundes- und Landesgesetzen vielfach immer noch die Rechtsgrundlagen fehlen.

Vor diesem Hintergrund sind die Planungen zur Errichtung eines Erweiterungsbaus für das Landratsamt in Mosbach in der vorgeschlagenen Dimension aus Sicht der Fraktion der FREIEN WÄHLER absolut nachvollziehbar und vertretbar. Die Raumnot der Kreisverwaltung hat in den letzten Jahren bedenkliche Ausmaße angenommen, wie man z.B. an der Containeranlage auf dem Parkplatz des Landratsamtes in Mosbach erkennen kann. Darüber hinaus war es in der jüngeren Vergangenheit mehrfach erforderlich, dass die Verwaltung für Zwecke der Aufgabenerfüllung mit sehr viel Aufwand zusätzliche Gebäude erwarb oder anmietete und herrichtete. Aber auch Mehrfachbelegungen einzelner Büros wurden unumgänglich und spätestens an diesem Punkt geht es dann in Zeiten eines gravierenden Fachkräftemangels auch um die Frage der Attraktivität des Arbeitgebers Neckar-Odenwald-Kreis. Sollten wir eines Tages aber doch noch „plötzlich und völlig unerwartet“ von einer Aufgabenkritik mit spürbarem Bürokratieabbau ereilt werden, oder die fortschreitende Digitalisierung doch mehr Homeoffice ermöglichen, könnten mit dem neuen Verwaltungsbau zumindest die erwähnten zahlreichen Neben- und Außenstellen aufgegeben werden, was sowohl die Effizienz der Verwaltungsarbeit stärken, als auch Kosten einsparen würde.

Und apropos Kosten: die FREIEN WÄHLER bitten hiermit eindringlich darum, dass wir uns schon heute ehrlich machen, was das Investitionsvolumen angeht. Die angegebenen 10 Mio. € werden auch nicht annähernd reichen. Klar – bis jetzt gibt es noch keine belastbare Berechnungsgrundlage, aber bei 1.260 qm Gesamtnutzfläche wäre eine Zahl, die dem Doppelten nahekommt, eine erheblich realistischere Annahme. Die aktuellen Kostenentwicklungen bei diversen Großbaumaßnahmen im schulischen Bereich, aber auch bei anderen Hochbaumaßnahmen von Kreis und Kommunen geben einen deutlichen Fingerzeig, wohin die Reise bis zur Fertigstellung und Inbetriebnahme gehen wird.

Aber auch mit diesem Wissen kann der Handlungsbedarf nicht wegdiskutiert werden und so ist schließlich noch ein Blick auf die Kreisfinanzen vonnöten. Diesbezüglich kommt uns zu Gute, dass die letzten Haushaltsjahre einschl. 2022 für unsere Verhältnisse sehr gut gelaufen sind und deswegen ein gewisses Polster vorhanden ist. Als ein gewisser Wermutstropfen muss aber vermerkt werden, dass der Neubau des Bettentrakts am Standort Buchen der Neckar-Odenwald-Kliniken nun nach dem Neubau des GTO und dem Erweiterungsneubau des Landratsamtes auf den dritten Platz der Prioritätenliste zurückfallen wird. Wohl ist die Argumentation einleuchtend, dass diese Maßnahme im Moment wegen der bevorstehenden Krankenhausstrukturreform eh auf Eis gelegt werden muss, aber das ändert ja nichts an der Tatsache, dass die Einrichtung und Ausstattung des derzeitigen Bettentrakts beim besten Willen nicht mehr zeitgemäß sind.

M.s.v.D.u.H., mit den uns heute vorliegenden Beschlussempfehlungen wird der Einstieg in die Planungen des Erweiterungsneubaus vollzogen. Alleine die Auswahl des planenden Büros wird ein halbes Jahr in Anspruch nehmen und erst dann beginnt die Detailplanung. Die Realisierung des Neubaus ist deshalb zwar noch Zukunftsmusik und wird noch Gegenstand vieler Beratungen dieses Kreistags sein, aber die Grundsatzentscheidung, dieses weitere Großprojekt in Angriff nehmen zu wollen, ist als Ausgangspunkt heute eben unabdingbar. Die Fraktion der FREIEN WÄHLER unterstützt diese Absicht und wird dem Beschlussvorschlag daher in allen Punkten zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!